

## **Beschluss des Landrates vom 08.02.2018**

Nr. 1893

### **19. Einführung in Staatskunde und Politik an den Schulen der Sekundarstufe II** 2017/326; Protokoll: ps, mko

Kommissionspräsident **Christoph Hänggi** (SP) führt aus, dass der Landrat im November 2015 der Empfehlung der BKSK gefolgt sei, das vorliegende Postulat nicht abzuschreiben. Der vom Landrat verlangte Bericht zur politischen Bildung an den Gymnasien liegt nun vor. Der Regierungsrat teilt die Auffassung des Landrats, dass die politische Bildung an den Schulen der Sekundarstufe II einen hohen Stellenwert haben muss.

Ein weiteres Fach könnte mit wenigen Stunden dotiert werden, jedoch ist dies aus pädagogischer Sicht abzulehnen, um die Stundentafel nicht noch mehr zu verzetteln. Ausserdem lassen die Kantonsfinanzen die Einführung eines zusätzlichen Schulfachs nicht zu. Eine kostenneutrale Möglichkeit besteht darin, Abstriche bei anderen Fächern vorzunehmen. Weil Fächer wie Deutsch oder das Schwerpunktfach betroffen wären, kann dies ebenfalls nicht umgesetzt werden.

Im Bericht und in der Kommissionsberatung wurde aufgezeigt, dass an den Gymnasien und der FMS einiges getan wird, um die politische Bildung zu stärken: Es gibt Anlässe und Kurse ausserhalb der Klasse, Podiumsveranstaltungen und Diskussionsforen mit Vertretern von politischen Parteien. Die politische Bildung soll in verschiedenen Fächern und mit der Hilfe von neuen Gefässen innerhalb der Lehrpläne mit mehr Verbindlichkeit gestärkt werden. Der Regierungsrat ist der Meinung, dass die politische Bildung mit den beschriebenen Massnahmen gestärkt und mit den neuen, ab August 2019 geltenden Lehrplänen konkreter gefördert werde. Die BKSK hat die Vorlage am 9. November 2017 beraten und Eintreten empfohlen. Der Rektor des Gymnasiums Laufen zeigte mit einer ausführlichen Präsentation auf, was an den verschiedenen Gymnasien getan wird. Eine Minderheit der Kommission meint, es könne noch einiges mehr geschehen, weshalb die Kommission das Postulat mit 8.3 Stimmen bei 2 Enthaltungen zur Abschreibung empfiehlt. Der Jugendrat hat sich ebenfalls mit dem Thema befasst und empfiehlt, mehr zu tun.

– *Eintretensdebatte*

**Roman Brunner** (SP) hält fest, dass der Landrat 2015 die Wichtigkeit der politischen Bildung anerkannt habe. Ein zusätzliches Schulfach ist aus zwei Gründen nicht sinnvoll, das anerkennt die SP-Fraktion. Dass die politische Bildung im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten, insbesondere des schulspezifischen Pools, nicht überall gleich gestärkt wird, ist bedauerlich. Die Gymnasien sollen sich über diesen Pool auch ein Profil geben können. In der Kommissionsdebatte konnten jedoch grosse Unterschiede zwischen den Gymnasien festgestellt werden. Deshalb ist die SP-Fraktion mit der Vorlage nicht zufrieden. Die Stärkung der politischen Bildung ist zu wenig verbindlich. Oft werden nur diejenigen Schülerinnen und Schüler erreicht, die ohnehin eine Affinität zur Politik haben. Viele der erwähnten Angebote sind optional. Ob damit eine flächendeckende Stärkung der politischen Bildung und der Demokratie erreicht werden kann, ist fraglich. Der zweite Ansatz betrifft die Anpassung der Lehrpläne, vor allem im Fach Geschichte. Die Anpassung soll ab 2019 wirksam werden, ist jedoch zu wenig konkret. Als Fazit hält der Votant fest, dass die Bemühungen grundsätzlich begrüssenswert seien. Sie gehen in die richtige Richtung, jedoch zu wenig weit. Sie sind wenig nachhaltig und kaum verpflichtend. Die SP-Fraktion möchte das Postulat deshalb nicht abschreiben und unterstützt auch den Jugendrat in seinen Bestrebungen, eine verbindliche Stärkung der politischen Bildung einzufordern.

**Heinz Lurf** (FDP) stellt klar, dass die Förderung politischer Bildung in den Schulen für die FDP-Fraktion von hoher Bedeutung sei. Alle in diesem Saal sollten an einer ausreichenden Vermittlung

von Themen wie Staatskunde und Politik an der Sekundarschule II sehr interessiert sein. Der Regierungsrat zeigt in seiner Vorlage auf, was wie und an welchen Gymnasien unterrichtet wird. Etwas wird gemacht. Es wird auch darauf hingewiesen, dass die politische Bildung sehr unterschiedlich erfolgen kann. Innerhalb oder ausserhalb des Regelunterrichts, mit Sonderveranstaltungen und spezifischen Kursen usw. Für den Regierungsrat ist klar, dass eine Ausweitung der Stundendotation für ein neues Fach nicht möglich ist. Es muss jetzt schon geschaut werden, wo das angekündigte Fach Informatik untergebracht werden kann. Das heisst, dass eine Lösung innerhalb der bestehenden Stundentafel gefunden werden muss. Auffallend ist aber die uneinheitliche Umsetzung des politischen Unterrichts an den verschiedenen Schulstandorten. Ebenfalls fehlt eine Verbindlichkeit für deren Durchführung an den verschiedenen Schulen. Es bräuchte einerseits eine Angleichung des Stoffs, andererseits eine verbindliche Vermittlung. Die FDP-Fraktion folgt dem Antrag des Regierungsrats sowie der BSKS und unterstützt die Abschreibung des Postulats.

**Caroline Mall** (SVP) möchte festhalten, dass das Postulat aus dem Jahr 2013 stammt. Seither sind einige Jahre vergangen. Es ist festzustellen, dass grosse Fortschritte erzielt wurden: Nämlich der Wunsch, Staatskunde bzw. Politik in die Stundentafel zu integrieren. Die SVP-Fraktion wird das Postulat abschreiben, was nicht heisst, dass daran nicht weitergearbeitet werden muss. In dieser Hinsicht ist der Jugendrat zu unterstützen, der sehr viele Anlässe organisiert. Aber auch der Landrat sollte weiterhin aktiv bleiben, damit vor allem eine Einheit hergestellt werden kann. Heute ist es so, dass die einen Gymnasien mehr, die anderen weniger profitieren. Eine Harmonisierung – wenn auch nicht das Lieblingswort der Votantin – findet auf dieser Ebene nicht statt. Deshalb macht sie beliebt, einen neuen Vorstoss zu lancieren, um wenigstens diese Harmonisierung innerhalb der Gymnasien zu erreichen – oder sogar schon auf der Sek-I-Stufe damit anzufangen, die Jungen für politische Fragen zu sensibilisieren.

**Florence Brenzikofer** (Grüne) sagt, dass ein Teil der Grüne/EVP-Fraktion das Postulat stehen lassen möchte, als Zeichen, dass man mit dem, was in den letzten zwei Jahren gemacht wurde, nicht zufrieden ist und es möglicherweise neue Vorstösse braucht. Der andere Teil meint, man könne es auch abschreiben, weil das eigentlich angestrebte Ziel heute noch nicht erreicht ist. Die Fraktion ist der Meinung, dass die Forderung zu wenig verbindlich umgesetzt wurde. Man hörte zwar von einer Strategie, die auf drei Ebenen umgesetzt werden soll. Im Kanton Baselland geschieht dies jedoch noch zu sehr auf freiwilliger Basis. Wenn man sieht, was die Gymnasien heute alles umsetzen, ist die Bandbreite immer noch riesig. Es braucht mehr Verbindlichkeit bei der politischen Bildung im Unterricht. Diese umfasst Grundlagenkenntnisse, Bewusstseinschärfung, Debattierfreudigkeit sowie die Auseinandersetzung mit aktuellen Themen und Abstimmungen. Das Gymnasium wurde jetzt auf vier Jahre verlängert. Wenn man jedoch hört, dass in dieser Zeit nur genau zwölf Lektionen politische Bildung durchgeführt werden, ist das zu wenig.

Weiter hat man gehört, dass die politische Bildung ab Lehrplan 2019 verbindlicher eingeführt werden soll. Aber auch das, was darin vorgesehen ist, ist noch nicht ausreichend. Es kommt immer noch zu sehr auf die Lehrperson an, was sie macht und was sie nicht macht. Deshalb wäre der von Caroline Mall gebrachte Vorschlag, allenfalls einen neuen Vorstoss oder sogar eine Initiative zu lancieren, ein möglicher Weg. Dem in dieser Hinsicht sehr aktiven Jugendrat sei gedankt. Aber auch alle Jungparteien sind mit der Umsetzung nicht zufrieden. Das ist ein deutlicher Hinweis, dass die Politik dies nicht so stehen lassen kann und weitermachen muss.

Eine weitere Diskussion betrifft die Informatik, die an den Gymnasien eingeführt werden soll. Die Frage ist, auf wessen Kosten dies geschehen soll. Auf Bundesebene hörte man, dass allenfalls das Fach Geschichte gekürzt werden soll. Dies wäre gerade für die Staatskunde verheerend, die in diesem Fach angesiedelt ist.

Zurück zu den aktuellen Tätigkeiten, zurück zum Jugendrat: Man hört von den zahlreichen Anlässen und Podien, die dieser durchführt, was sehr wichtig ist und von den Schulen geschätzt wird.

Es freut die Votantin, dass man den Mut gehabt hat, um damit in die Sek-I-Stufe zu gehen. Die Resultate aus den letzten Podien, die die Votantin selber erleben durfte, sind wirklich toll. Man kann nämlich schon mit Acht- und Neuntklässlern sehr gut debattieren. Es wäre wichtig, damit möglichst früh und nicht erst an den Gymnasien zu beginnen.

Die Schweizer Demokratie ist für **Béatrix von Sury d'Aspremont** (CVP) wegen ihrer aktiven und regelmässigen Einbindung des Volks ein Musterbeispiel für die umliegenden Demokratien. Möchte man diese aber auch tatsächlich wahrnehmen und verstehen, braucht es Grundkenntnisse – und diese fehlen eigentlich. Für das tägliche Leben weiss man, wie man mit Mathe umgehen und wie man Deutsch sprechen muss. Das ist notwendig. Wie man aber mit der Politik umgeht, weiss man (und noch weniger wissen es die Jugendlichen) nicht wirklich. Deshalb braucht es ein verbindliches Gefäss. Im Tessin z.B. gibt es seit 2017 das Fach Staatskunde in Sek I und II. Warum geht das dort, warum nicht hier? Es scheint kein Geldproblem zu sein. Die Tabelle in der Antwort des Regierungsrats zeigt wohl, dass das Thema im Lehrplan enthalten ist, dass aber jedes Gymnasium die Umsetzung anders gestaltet. Die Verbindlichkeit hängt also einerseits vom Gymnasium, andererseits vom Lehrer ab. In Muttenz ist es in der dritten Klasse ein Fach, in Oberwil besteht ebenfalls ein Gefäss dafür, in Münchenstein hingegen nicht. Es ist schon erstaunlich, dass ein so wichtiges Thema keinerlei Verbindlichkeit im Lehrplan hat. Deswegen ist es für die CVP/BDP-Fraktion auch klar, dass Lehrpläne Aufgabe des Bildungsrats sind. Es ist zu hoffen, dass die Regierungsrätin Gschwind Druck macht, damit endlich Verbindlichkeit herrscht und somit ein klarer Auftrag im Lehrplan gegeben ist. Die Regierungsrätin ist Mitglied des Bildungsrats und kann ihren Einfluss dort direkt geltend machen. Deshalb sieht die Fraktion im Moment von der Eingabe einer Motion zum Thema ab. Es lässt sich aber gegebenenfalls diskutieren. Andererseits unterstützt sie den Jugendrat und sein super Engagement, das man herzlich verdankt. Folglich schreibt die CVP/BDP-Fraktion das Postulat nicht ab.

Für **Jürg Wiedemann** (Grün-Unabhängige) und die glp/GU-Fraktion ist klar, dass die Politik eine ganz zentrale Rolle in den Schulen spielen soll. Der Votant meint sogar, dass sie nicht nur auf der Sekundarstufe II, sondern bereits auf der Sekundarstufe I eine Rolle spielen sollte. Er ist auch der Meinung, dass man ab 16 Jahren abstimmen können sollte, weshalb er die entsprechende Abstimmung unterstützt. Der von Martin Rüegg eingereichte Vorstoss hätte der Votant am liebsten als Motion eingereicht, um den Druck zu erhöhen. Postulat heisst «prüfen und berichten». Dies wurde zweimal getan; der Bericht dazu ist ausführlich und überzeugend. Deshalb sollte nun ein anderer Weg beschritten werden. Eine Möglichkeit wäre die Motion. Auch eine Initiative (wenn sie denn z.B. vom Jugendrat lanciert würde) würde er sofort unterstützen. Es wäre schön, wenn sich der Jugendrat dazu durchringen könnte, und damit fordern, dass Politik bereits auf der Sek-Stufe I einen Platz findet.

Die Fraktion glp/GU findet, dass das Postulat von der Bildungsdirektion absolut erfüllt wurde, weshalb es abgeschrieben werden muss.

**Martin Rüegg** (SP) fragt sich, wie die Jungen von heute an solche Fragen herangeführt werden können, wie sie heute seit bald fünf Stunden diskutiert werden. Wie sollen sie später Verantwortung übernehmen und sich für Ämter in der Gemeinde oder auf kantonaler Ebene zur Verfügung stellen? Wird zum richtigen Zeitpunkt – analog zum Sport – mit der Förderung begonnen, bleiben die Jungen dabei und haben Erfolg. Davon ist der Votant überzeugt.

Er bedankt sich für die Unterstützung seines Anliegens durch die anderen Fraktionen. Es sei daran erinnert, dass 2013 ein Postulat eingereicht wurde, dass von Mitgliedern aller Fraktionen unterschrieben wurde. Fünf der Unterzeichnenden von damals sitzen noch immer im Rat: Dominik Straumann, Balz Stückelberger, Jürg Wiedemann, Sara Fritz sowie der Sprecher selber.

Der Landrat lehnte 2015 die Abschreibung ab, weil die Prüfung der Regierung zu wenig detailliert und lösungsorientiert war. Die Vorlage von 2017 hat nun etwas mehr Fleisch am Knochen und der Schulleitungskonferenz der Gymnasien darf attestiert werden, dass sie sich während einer zweitägigen Weiterbildung der Sache ernsthaft angenommen hat. Dennoch kann die Vorlage vom Vorgehen und vom Inhalt her immer noch nicht befriedigen.

Ungenügend, schon fast peinlich, ist die Tatsache, dass die direkt betroffene Jugend, z.B. in Form des Jugendrates, der nebenbei bemerkt eine regierungsrätliche Kommission bildet, in den Meinungsbildungsprozess nicht miteinbezogen wurde. Für die Schülerschaft hat die erneute Prüfung des Anliegens praktisch keine Auswirkungen gehabt. Wird mit dem Abbau von Deutsch und Mathematik und Kosten von CHF 3.5 - 4 Mio. Franken pro Lektion gedroht, dann wirkt das hilflos, riecht nach Angstmacherei und lenkt vom Thema ab. Die Aussage auf S. 2 im zweituntersten Abschnitt, wonach «Gefässe und Lehrpläne für politische Bildung keine Garantie sei, die erwünschten Ziele zu erreichen», treibt ihn zur Frage, ob dies nur für das geforderte Anliegen oder für alle Fächer gilt. Im letzteren Fall käme das wohl einer Art Bankrotterklärung für das gymnasiale Bildungssystem gleich. Das kann ja aber nicht die Meinung sein. Zumindest nicht von Seiten der Schulleitungskonferenz.

Für die Einführung von Wirtschaft und Recht wurde ein Gefäss gefunden, dass alle Schülerinnen und Schüler besuchen müssen. Für das neu beschlossene Fach Informatik wird man ebenfalls eine Lösung finden müssen. Die Behauptung, bei der politischen Bildung sei dies aus pädagogischen und finanziellen Gründen nicht möglich, kann nicht ernst genommen werden. Im gleichen Abschnitt steht zu Recht, dass «die Lösung deshalb innerhalb der bestehenden Stundentafeln gesucht werden muss.» Genauso ist es. Die Frage ist, was ist die Realität?

Realität ist, dass das Anliegen für die Gymnasien im Rahmen des schulspezifischen Pools umgesetzt werden könnte, ohne andere Fächer zu tangieren und ohne Kosten zu generieren. Es fehlt letztlich am politischen Willen. Wer soll diesen äussern, wenn nicht die gewählten Landrätinnen und Landräte?

Der Votant bittet deshalb, das Postulat erneut stehen zu lassen. Beginnt man von Neuem mit dem Prozedere eines Vorstosses, befindet man sich in zwei oder drei Jahren wieder am selben Punkt. Die Regierung wird es wieder ablehnen – wieso soll sie dann eine andere Haltung einnehmen als heute? Der Druck muss aufrechterhalten bleiben und die Regierung dazu aufgefordert werden, aufzuzeigen, wie sich das Anliegen kostenneutral und ohne andere Fächer (wie Deutsch oder Mathe) zu tangieren, umsetzen lässt.

Die klassische Staatskunde ist ein veraltetes Konzept aus den 1970er Jahren. Das Fach Geschichte weist hier erkennbare Defizite auf. Der Lehrplan 21 bringt auf der Volksschulstufe Verbesserungen. Diese braucht es auch auf der Sekstufe II. Vor 5 Jahren stellte die internationale Studie «Citizenship and Education», die die politische Bildung in 28 demokratischen Staaten erfasste, der Musterdemokratie Schweiz ein schlechtes Zeugnis aus, weil in diesem Bereich zu wenig getan würde. Hinzu kommt, dass die gängigen Medien in einem gravierenden Strukturwandel stecken. Stichworte: Fake news, No-Billag-Initiative, Konzentration im Medienbereich, Streik bei der SDA). In diesem sich schnell und massiv verändernden Umfeld muss die Fähigkeit, Politik zu verstehen, gestärkt und nicht geschwächt werden. Eine unabhängige Berichterstattung wird immer mehr an Boden verlieren. Deshalb ist es wichtig, dass sich Schülerinnen und Schüler mit der Politik auseinandersetzen.

2017 hatte sich die Stimmbevölkerung des Kantons TI mit einem Stimmenanteil von über 63% für politische Bildung als Teil des Stundeplans ausgesprochen. Weitere Initiativen sind hängig, u.a. in AG und BS (junge FDP), sowie in ZH und TG (junge CVP). Die Juso wird hier leider vermisst. Sie würde aber mit Sicherheit mitmachen, wenn sie angefragt würde. Der Kanton BL wäre also in guter Gesellschaft, insbesondere im Bildungsraum Nordwestschweiz – wenn endlich Nägel mit Köpfen eingeschlagen würden.

Es braucht mehr Verbindlichkeit. Die aufgezeigten Umsetzungsmassnahmen und die Überarbeitung der Lehrpläne 2019 gehen in die richtige Richtung, hängen aber sehr stark vom Interesse einzelner Lehrpersonen ab und sprechen meist «nur» die bereits interessierten Jugendlichen an. Man gebe dem Regierungsrat also nochmals die Chance, über die Bücher zu gehen und eine verbindliche und kostenlose Lösung zu präsentieren, die Platz hat im bestehenden Fächerkanon.

**Saskia Schenker** (FDP) unterstützt das Votum von Martin Rüegg. Sie ist ebenfalls gegen eine Abschreibung des Postulats. Darin heisst es: «Der klassische Staatskundeunterricht im Fach Geschichte scheint also nur ungenügend auf die politischen Realitäten vorzubereiten». Es gibt eine spannende Diskussion in der Politikwissenschaft. Man weiss, dass rund die Hälfte der Stimmbewölkerung es sich leistet, nicht abzustimmen und mitzureden. Das ist völlig in Ordnung. Man kann sich aber fragen, weshalb das so ist. Ist es, weil man damit zufrieden ist? Das wäre in Ordnung. Ist es, weil man damit protestiert? Auch in Ordnung. Aber wenn die Grundlagen fehlen, um sich zu überlegen, was die eigene Meinung ist, und ob man überhaupt partizipieren möchte oder nicht, dann ist das nicht in Ordnung. Ein Grossteil des Parlaments hat heute zum Ausdruck gebracht, dass es zu wenig verbindlich ist. Sie sieht deshalb als einzig mögliches Fazit, dass das Postulat stehen gelassen werden muss.

**Pascal Ryf** (CVP) dankt seiner Vorrednerin für ihr Votum. Einer der Kernaufgaben der Schulen ist, die Schülerinnen und Schüler als mündige Bürger in die Berufswelt entlassen zu können. Das bedeutet, dass die Urteilsfähigkeit geschärft und die Debatte geübt wird, dass man die Fähigkeit stärkt zu erkennen, was essentielle und was Fake-News sind. Wird das an den Schulen nicht vermittelt, wird es gerade für jene Jugendlichen schwierig, die ein weniger ausgeprägten Bildungshintergrund und weniger Bücher zu Hause haben und die es nicht gewohnt sind, am Esstisch in der Familie zu debattieren.

Hinzuweisen ist auf zwei (bereits stattgefundene) Veranstaltungen: Im Gegensatz zu BS unternimmt der Kanton Baselland relativ wenig zur Förderung der Partizipation der Kinder und Jugendlichen. Vor einem Jahr fand im Grossratssaal eine Veranstaltung mit dem Titel «Politik-Macht-Gesetz» statt, an der auch einige Landrätinnen und Landräte als Politik-Coaches teilnahmen. Eine zweite Veranstaltung, die u.a. von der Neuen Helvetischen Gesellschaft der Region Basel mitorganisiert wurde, war der regionale Debattiertag «Schweizer Jugend debattiert» vom vergangenen Montag in Münchenstein. An diesem Tag wurde u.a. über die No-Billag-Initiative, die eidgenössische Volksinitiative «Organe spenden – Leben retten», die Liberalisierung von Ladenöffnungszeiten und über die Transparenzinitiative debattiert. An der Primarschule Allschwil wurde dieses Jahr ein Schüler/innenparlament eingeführt. Bereits Es nahmen daran also Erstklässer teil und konnten sich einbringen. Es ist nicht so, dass dies nur ein Thema für die Sek-II-Stufe wäre, weil man meint, es würde die Jugendlichen überfordern. Deshalb ist der Votant sehr froh, dass sich sehr viele Jugendparteien im Kanton dafür einsetzen.

Von Regierungsrätin Monica Gschwind wünscht sich der Votant, dass sie sich im Kanton BL noch mehr dafür einsetzen und Einfluss nehmen möge auf den Bildungsrat, damit in der Studentafel das Fach Politik einen hohen Stellenwert erhält. In der Tat nehmen 50% am politischen Leben nicht teil, was völlig okay ist und jeder für sich selber entscheiden muss. Aber eigentlich ist es traurig. So lange wurde in Europa für die demokratischen Rechte gekämpft. Die Politikverdrossenheit und Lethargie ist aus dieser Sicht bedauerlich. Der Votant wünscht sich, dass die Partizipation in Zukunft zunehmen möge. Hierbei hat er grosses Vertrauen in die Regierungsrätin, dass sie dafür nötigen Schritte unternimmt.

**Sara Fritz** (EVP) blickt zurück: 2004 wurde sie in den Jugendrat gewählt. Staatskunde und Politik war schon damals eines der Themen. Es ging schon damals um die Frage, wie an den Schulen

Jugendliche dazu gebracht werden können, sich politisch zu interessieren, zu bilden etc. Sie ist ihren Nachfolgern im Jugendrat extrem dankbar, dass sie das Thema immer wieder aufs Tapet bringen und schon viele Anlässe auch an Schulen dazu organisiert haben. Sie investieren immer wieder sehr viel Zeit, auch Freizeit, damit dies möglich wird. Das alleine ist allerdings noch nicht ausreichend. In der jetzigen Debatte hat sie von allen Seiten gehört, dass dies zwar der richtige Weg sei. Es läuft auch einiges mehr als noch 2004. Dennoch ist das immer noch viel zu wenig. Es ist eigentlich erschreckend, wie unterschiedlich dieses Thema an den Schulen gehandhabt wird und wie sehr es darauf ankommt, ob die Lehrer es wichtig finden und dementsprechend Ressourcen dafür einsetzen – oder eben nicht. Es darf doch nicht der Zufall sein, der entscheidet, bei welchem Lehrer man in die Schule geht und wie viel (oder wie wenig) politische Bildung man deshalb mit auf den Weg bekommt. Diese Bildung sollte jede und jeder im Kanton erhalten, unabhängig vom Schulstandort oder von der Lehrperson. Deshalb meint die Votantin, dass es mit dem Bericht alleine nicht getan ist und eine Verbindlichkeit fehlt, die man einfordern muss, um das zu erhalten was eigentlich alle möchten: Dass nämlich jeder Schüler im Kanton mit dem Erreichen des 18. Lebensjahrs (wenn man wählen, abstimmen oder sich sogar selber aufstellen lassen darf) gebildet genug ist, dieses Recht wahrzunehmen – wenn er es denn will. Wie Saskia Schenker richtig betont hatte, ist es kein Muss. Aber man muss es *können*.

Mit dem vorliegenden Bericht ist zu wenig getan, auch wenn es in den letzten Jahren etwas vorwärts ging, insbesondere dank dem «steten Tropfen» des Jugendrats. Der Stein ist aber noch nicht gehöhlt. Es muss weitergehen. Deshalb sei der Rat gebeten, das Postulat stehen zu lassen, damit die Debatte weitergeführt werden kann und irgendwann einmal die Verbindlichkeit da ist.

**Rolf Richterich** (FDP) hat jetzt so einige Klagelieder gehört, wie schlecht die Jugendlichen und die Stimmbürger politisch ausgebildet sind. Persönlich erlebte er in den letzten 10 oder 15 Jahren, in denen er schon in der Politik ist, ein ganz anderes Bild. Er wird sehr oft von allen möglichen Leuten darauf angesprochen, was gerade aktuell ist und diskutiert wird. Es muss jedoch eine gewisse Relevanz haben, damit sie sich damit auseinandersetzen. Bei Abstimmungen mit Fleisch am Knochen sind die Leute sehr früh und sehr stark engagiert, was man aktuell an der No-Billag-Initiative sieht, über die schon ein halbes Jahr vor dem Abstimmungstermin gestritten wird. Bei solchen Themen sind die Leute bereit, darüber auf der Strasse, im Geschäft oder in der Beiz zu diskutieren. Diskutiert man jedoch nur über Mumpitz, ist das Volk auch nicht bereit, sich daran zu beteiligen.

Noch nie waren Information so einfach zu erhalten wie heute. Es gibt dazu keinen Hinderungsgrund mehr, was früher noch anders war. Es gibt auch ganz viele Netzwerke, die sich zwecks Austauschs nutzen lassen. Darin wird – so vermutet der Votant, der selber kein Facebook und dergleichen nutzt - auch über Politik geredet und geschattet. Es war also noch nie so einfach, sich einzumischen. Auf zahlreichen Kanälen und in vielen Netzwerken lässt sich sehr schnell in ein Thema einarbeiten. Auch an politischen Anlässen, die von Schulen organisiert werden, sei es an Gymnasien, im Jugendrat oder im KV, erhält man ein ganz anderes Bild. Es gibt heute also viel mehr Gehalt als das, was einem hier in einigen Voten suggeriert wurde.

Zuletzt gilt es sich noch selbstkritisch zu bedenken, dass die politische Bildung nicht nur in den Schulen gemacht wird oder aus dem Elternhaus kommt, sondern auch von den politischen Parteien. Dabei stellt sich die Frage, ob man genug macht, um die Jungen (und die anderen Stimmbürger) abzuholen. Es ist einfach, diese Aufgabe in einem Schulfach zu verstecken – und dann zu sagen: «that's it». Die Politik lebt aber nicht in einem Schulfach, sondern auf der Strasse.

**Christine Gorrengourt** (CVP) verweist auf ihren Vorredner, der gefordert hatte, sich einzumischen. Wo muss man sich einmischen, wenn man möchte, dass die Politik in den Schulen mehr Gewicht erhält? Antwort: Im Lehrplan oder in der Studentafel. Wie macht man das? Mit einem

Postulat, mit dem die Regierungsrätin darum gebeten wird. Mit einer Motion geht es nicht. Ebenso wenig mit einem Gesetz – da man ansonsten ein Lehrplan- oder ein Stundentafelgesetz machen müsste. Der Weg führt nur über den Bildungsrat, der in Lehrplan und Stundentafel Änderungen vornehmen kann.

An der Verordnung kann der Landrat ebenfalls nichts ändern. Also muss er den Regierungsrat bitten. Und somit braucht es entweder ein Postulat. Oder man nimmt auf den Bildungsrat Einfluss und hält ihn dazu an, die politische Bildung einfließen zu lassen. Zwar wäre die Schaffung eines Lehrplan- oder eines Stundentafelgesetzes – eine komische Schöpfung – gewissen Gruppierungen zwar durchaus zuzutrauen. Dabei stellt sich aber wieder die von Rolf Richterich gestellte Frage, wo und wie man sich einmischen soll und wie nicht. Es bleibt dabei: Einmischen kann man sich nur einerseits über ein Postulat oder über den Bildungsrat.

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) dankt Christine Gorrengourt, dass sie ausgeführt hat, welche Auswirkungen das geltende System mit den beiden Exekutiven Regierungsrat und Bildungsrat hat. Der Landrat kann nämlich direkt gar keinen Einfluss darauf nehmen.

Die Regierungsrätin dankt für die Debatte. Selbstverständlich wünschen alle mündige Bürgerinnen und Bürger, dass sich Jugendliche intensiv mit der Politik beschäftigen. Martin Rüegg hat die alte Forderung der Stärkung der politischen Bildung wieder aufgebracht. Die Votantin ist der Meinung, dass sich in der letzten Zeit einiges in dieser Hinsicht getan hat. Der Bericht zeigt auf, dass sich die Rektoren und die Schulleitungskonferenz der Gymnasien der Thematik angenommen haben. Sie machten eine Weiterbildung, führten Diskussionen über den Inhalt eines solchen Fachs, und stellten dabei fest, dass es mit einem Fach Staatskunde alleine nicht getan ist. Dem Postulanten ist Recht zu geben, dass dieses alleine die politische Bildung nicht ausmachen kann.

Es gilt etwas richtig zu stellen: Es wurde kritisiert, dass die Darlegungen im Bericht zu wenig verbindlich seien. Der Lehrplan ist aber in allen Gymnasien verbindlich. Was in den einzelnen Schulen speziell unternommen wird, wird zusätzlich gemacht. Zu nennen wären Debattierkurse, Sonderwoche Politik, die verschiedenen Kurse etc. In simulierten Parlamentsdebatten lernen die Jugendlichen, sich mit der Politik zu beschäftigen. Am letzten Freitag besuchte die Votantin das Gymnasium Muttenz – und war überrascht. Sie durfte dort eine Stunde lang politische Bildung mitverfolgen. Thema war das Verhältnis zwischen EU und der Schweiz. Es ging um Freizügigkeit und die bilateralen Verträge. Wer in diesem Saal weiss, was die bilateralen Verträge genau beinhalten? Die Votantin hat nur gestaunt über das, was sie dort zu hören bekam. Die Schülerinnen und Schüler beschäftigten sich ernsthaft mit dem Thema, nahmen Zeitungsartikel zur Hand, beschäftigten sich mit dem Parteienverhalten, diskutierten ihre Ansichten oder debattierten über die Frage, ob Europa ein Interesse an der Schweiz oder umgekehrt. Die Stunde war lehrreich und hatte sie begeistert. Verdienstvoll ist, dass die zuständige Lehrerin derartige Debatten je nach Aktualität immer wieder anstösst. Am Abend davor fand übrigens am selben Gymnasium eine Podiumsdiskussion zum Stimmrechtsalter 16 statt. Offenbar war auch diese Veranstaltung rege besucht und es gab intensive Diskussionen. Was möchte man noch mehr?

Die Votantin ist einverstanden mit Rolf Richterich: Man kann nicht alles in den Schulen verordnen. Vieles muss auch aus Eigeninitiative heraus entstehen. Es gab den Auftrag an die Regierung, einen Zusatzbericht darüber zu erstellen, was an den Gymnasien stattfindet. Dies wurde dargelegt. Ein neuer Lehrplan, der 2019 in Kraft treten soll, ist in Arbeit. Selbstverständlich wird die Votantin dort ihr Augenmerk darauf richten und dem Bildungsrat darlegen, dass dem Fach politische Bildung mehr Beachtung zu schenken ist. Man wird dann sehen, wie der Vorschlag aussehen wird. Der Regierungsrat ist der Meinung, dass geprüft und berichtet wurde und bittet deshalb den Rat, das Postulat abzuschreiben.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Beschlussfassung*

://: Das Postulat 2017/326 wird mit 39:38 Stimmen stehen gelassen.

---